

Vom Tiger zum Kätzchen

Von Christoph Mörgeli — Der Schweizerische Handels- und Industrieverein (Vorort) vertrat einst mutig die Interessen des Landes und der Schweizer Bevölkerung. Seine Exponenten waren Patrioten und Mahner. Die heutige Economiesuisse funktioniert als verlängerter Arm von Bundesbern.

Der 1870 gegründete Schweizerische Handels- und Industrieverein besann sich bewusst auf die alten Eidgenossen; er wechselte anfänglich im «Vorort-System» alle zwei Jahre Präsidium und Kantonssitz. So traditionell und knorrig geht's beim Nachfolgeverband Economiesuisse nicht mehr zu. Schon der Name tönt süss wie Zuckerwasser. Seit sich der Handels- und Industrieverein im Jahr 2000 mit der Abstimmungsagentur «Wirtschaftsförderung» zur Economiesuisse vereinigt hat, können Politiker, Beamte und Linke entspannt zurücklehnen. In den Schweizer Grosskonzernen und damit auch in der Economiesuisse geben Ausländer den Ton an und verpulvern viele Millionen für Abstimmungskämpfe, die mit der Wirtschaft nichts zu tun haben – so geschehen bei Uno-Beitritt, bewaffneten Auslandeinsätzen oder Schengen/Dublin. Für die Bilateralen bestellte man beim SP-Werber Hermann Strittmatter gefällige Apfelbäumchen-Plakate.

Heute, speziell seit der «Abzocker»-Initiative, sitzt den Managern im Wirtschaftsdachverband die Angst vor der Demokratie im Nacken. Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP, so liess Economiesuisse verlauten, sei ein «Super-GAU», ein «Angriff auf die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), also auf die Menschenrechte in Europa», «ein unverhältnismässiger Eingriff in unsere Verfassung mit unklaren Folgen», denn: «Hunderte von bestehenden Wirtschaftsabkommen wären negativ betroffen.» Das wäre tatsächlich schlimm. Schlimm darum, weil nach dieser Logik Hunderte von Wirtschaftsabkommen abgeschlossen worden wären, die gegen unsere Bundesverfassung verstossen.

Gegen «überstaatliche Institutionen»

Die derzeit im «Haus der Wirtschaft» herrschende Verfassungsmüdigkeit und Volksverachtung muss beunruhigen. In besseren Zeiten hat der Direktor des Handels- und Industrievereins noch festgehalten: «Eine Verfassung, die dem Willen des Volkes nicht entspricht, wird auf die Dauer kaum Bestand haben.» Gerhard Winterberger setzte nicht auf die Europäische Menschenrechtskonvention, sondern auf «wachen Bürgersinn, Leidenschaft für den Staat, föderalistischen Staatsaufbau, direkte Demokratie und Bekenntnis zur kleinstaatlichen Freiheit». Und er lobte an unseren Ahnen deren «harte Rücksichtslosigkeit allen fremden, die Souveränität

und Integrität der Eidgenossenschaft tangierenden Ansprüchen gegenüber». Wie wenn der mächtige Vorort-Direktor den von der EU geforderten Rahmenvertrag vorausgesehen hätte, warnte er vor jeder Integration, «wenn mit der Form des Zusammenschlusses Hegemoniebestrebungen verbunden werden». Denn «an die Stelle der Selbstverantwortlichkeit der einzelnen Bürger [...] würde eine der Kontrolle der Staatsbürger nicht zugängliche Verantwortlichkeit überstaatlicher Institutionen treten». Dies werde «den schweizerischen Staatswillen, unsere Institutionen aushöhlen und unsere politische Lebensform schliesslich auslöschen».

Politische Überlegungen müssten «vor kurzfristigen ökonomischen Erwägungen und schwächlichem Opportunitätsdenken den Vorrang haben». An dieser Stelle erinnerte der kämpferische Wirtschaftsgeneral 1963

Den Managern in der Economiesuisse sitzt die Angst vor der Demokratie im Nacken.

sogar an landesverräterische Gestalten aus der Geschichte wie den Basler Peter Ochs oder den Berner Karl Albrecht von Frising. Vielleicht hat Gerhard Winterberger bereits an seine Nachfolger in der Economiesuisse gedacht, als er schrieb: «In politisch überaus naiver Weise wird erwartet, dass die hohen Ziele Europas die Aufgabe unserer Eigenstaatlichkeit wert seien.» Er sah ein solch unpatriotisches Denken als Folge «einer mangelnden eigenen heimatlichen Verwurzelung in Gemeinde und

Kanton», als Fehlen «einer geistigen und politischen Heimat».

Die Personenfreizügigkeit – heute bei Economiesuisse ein fast unantastbares Dogma – beurteilte Winterberger durchwegs negativ: «Das Problem der Überfremdung wird sich im Zusammenhang mit der europäischen Integration verschärfen. Von dieser Seite her droht der schweizerischen Eigenart die grösste Gefahr.» Die volle Personenfreizügigkeit müsse «den Anfang des Untergangs der Schweizerischen Eidgenossenschaft bedeuten». Gerhard Winterberger stellte sich eine «regelrechte, durchaus friedliche Invasion von Ausländern» vor: 200 000 Deutsche beispielsweise könnten «politisch und geistig niemals völlig assimiliert werden». Heute ist die Anzahl der Deutschen in der Schweiz fast doppelt so hoch. Immerhin dürfte Winterberger feststellen, dass es sich bei ihnen bezüglich Assimilierung um eine verhältnismässig problemlose Ausländergruppe handelt. Auch Vorortssekretär Bernhard Wehrli warnte 1960 in der NZZ, eine gesunde Wirtschaft eines gesunden Staates dürfe nicht derart auf Ausländer angewiesen sein, dass dieser einen wesentlichen Teil des Produktionsprozesses aus eigener Kraft nicht mehr zu leisten vermöge.

Zur Waffe greifen und scharf laden

Heinrich Homberger, Vorort-Direktor und im Zweiten Weltkrieg hervorragender Wirtschaftsunterhändler im Ausland, sagte 1948 aufgrund reicher Erfahrungen: «Die Schweiz vertritt bewusst und konsequent das bilaterale System der Handelsvertragspolitik, weil im bilateralen Gespräch sich wirkliche Lösungen finden lassen, im Gegensatz zu den multilateralen Debattierkreisen, die sich noch jedes Mal totgelaufen haben.» Handelsbehinderungen des Auslandes könnten die Schweiz zwingen, «zur Waffe der Einfuhrkontingentierung» zu greifen und «scharf zu laden», auch wenn schliesslich «nicht geschossen» würde: «Es ist mit der Verteidigung der Wirtschaft wie mit der Verteidigung des Landes mit militärischen Mitteln: Sie bringt unvermeidlicherweise Opfer mit sich.»

Ende 1943 warnte Minister Hans Sulzer, Präsident des Vororts, laut und deutlich vor dem zerstörerischen politischen Linkskurs: «Nicht ohne schwere Sorge müssen wir heute leider in weiten Schichten unseres Volkes und nicht zuletzt bei einer Reihe unserer gesetzgebenden Behörden eine zunehmend feindliche Einstellung zu Kapital und Unternehmertum, eine zunehmende Tendenz zur



«Super-GAU».



«Für unsere Unabhängigkeit ist uns keine Mühe zu gross»: Bundespräsident Wetter (3. v. r.), General Guisan (Mitte).

gefesselten Wirtschaft, zum Staatssozialismus mit seinen wohlstandshemmenden Auswirkungen feststellen.»

Der frühere Vizepräsident der heutigen Economiesuisse sprach 1941 auf dem Rütli in heiligem Ernst: «Der ehrwürdige Bundesbrief von 1291 weist den Weg. Er nennt als Zweck des Bundes: Schutz von Freiheit und Unabhängigkeit nach aussen. Aufrechterhaltung von Ordnung und Gerechtigkeit im Innern. Das Erbe der Väter gilt es zu wahren. Dieses Erbe ist unser Vaterland, frei, schön und liebenswert. Dieses schweizerische Vaterland haben wir zu pflegen, zu erhalten und unsern Kindern einst so frei und unabhängig zu übergeben, wie wir es von unsern Vätern übernommen haben.» Die hiesige Demokratie sei «kein Fremdwuchs», «niemand verwechsle fremde Einrichtungen mit unserem schweizerischen Volksstaat». Ernst Wetter, mittlerweile Schweizer Bundespräsident, beschwor vor der Nation die Verteidigung von Verfassung, Recht und Freiheit bis auf den letzten Blutstropfen: «Dafür ist jeder Schweizer wehrpflichtig, dafür stehen unsere Söhne und unsere Brüder unter den Waffen, dafür bringen wir auch schwere Opfer materieller Art. Denn für unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit ist uns nichts zu viel, keine Mühe zu gross, keine

Entbehrung zu hart.» Alfred Frey, über Jahrzehnte profiliertester Kopf des Vorortes, kämpfte 1913 im Nationalrat gegen die Verletzung der Souveränität durch einen Gotthard-Staatsvertrag mit Deutschland und Italien. Frey beurteilte diesen als Frucht eines

«Niemand verwechsle fremde Einrichtungen mit unserem schweizerischen Volksstaat.»

«bedenklichen Mangels an Selbstvertrauen» und verweigerte sich der «Unterwerfung unter ein Joch, das sich die Schweiz selbst zu zimmern im Begriffe steht». Es war dem Wirtschaftsverband gleichgültig, ob dieser Vertrag den SBB ein bisschen schade oder sogar Gewinn bringe, ob der Lötschberg oder der Splügen davon profitiere: «Die Entscheidung über den Vertrag», sprach Frey im mäuschenstillen Parlamentssaal, «muss von rein vaterländischen Gesichtspunkten erfolgen.»

Zufriedenes Schnurren

Schon ganz an den Anfängen der unvergleichlichen Erfolgsgeschichte der Schweizer Wirtschaft und deren politischer Sammlung standen den Mut zur Eigenständigkeit und ein

kämpferischer Patriotismus. Den Anstoss zum Schweizerischen Handels- und Industrieverein gab 1869 ein Rundschreiben der Glarner Handelskommission, die sich wunderte, dass sich nicht längst ein Wirtschaftsverband gebildet habe, um «die wichtigsten Interessen des Vaterlandes und der einzelnen Kantone zu wahren». Das Schaffhauser Handelsdirektorium wurde damals noch konkreter: «Eine Vereinigung tut angesichts der fortwährenden Bestrebungen des Auslandes, unsere Industrie zu schädigen und zu beeinträchtigen, doppelt not.»

Noch immer toben die meisten Kriege nicht auf Schlachtfeldern, sondern in der Wirtschaft. Unser Finanzplatz steht unter Dauerbeschuss der weltweiten Konkurrenz, und die Amerikaner befehlen, ob eine chinesische Firma das Schweizer Unternehmen Syngenta kaufen darf. Dass man im unbarmherzigen Kampf ums wirtschaftliche Überleben auch heute gelegentlich die Tigerkrallen zeigen müsste, hat die Economiesuisse längst vergessen. Angeblich ausschliesslich von gutmeinenden ausländischen Freunden umgeben, schnurrt sie zufrieden wie ein Kätzchen. Ihre Funktionäre fauchen höchstens gegen jene, die das politische Gedankengut der erfolgreichen Schweizer Wirtschaftspioniere noch immer hochhalten. ○